

Vorlage

| | |
|------------------|-------------------------|
| Drucksachen-Nr.: | IV/132/2006/V-51 |
| Einreicher: | Jugendamt |

| Beratungsfolge | Status | Termin | Bestätigung |
|---------------------------------------|------------------|------------|-------------|
| Dienstberatung des Oberbürgermeisters | nicht öffentlich | 21.12.2006 | |
| Hauptausschuss | öffentlich | 11.01.2007 | |

Titel:

Interessenbekundung zum Bundesprogramm "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus"

Information:

Die Stadt Dessau gibt bis zum 31.12.2006 eine Interessenbekundung ab, um die Möglichkeit zu erhalten, in das Auswahlverfahren für eine Bewerbung an dem Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ zu kommen.

Im Jahre 2001 hat sich die Stadt Dessau bereits an dem vorherigen Bundesprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ beteiligt und wurde durch eine Förderung in die Lage versetzt, einen lokalen Aktionsplan durch das FOKUS-Institut Halle e. V. für die Stadt Dessau zu erarbeiten.

Mit einer erneuten Förderung durch das neu aufgelegte Bundesprogramm kann die Stadt Dessau die begonnene Umsetzung des Aktionsplanes fortsetzen und damit eine nachhaltige Etablierung verbindlicher Strategien zur Demokratieentwicklung vor Ort entwickeln. Für die Entwicklung oder Weiterentwicklung von lokalen Aktionsplänen werden bei einer Mindestgröße von 10.000 Einwohner/innen Projektmittel in Höhe von max. 100.000 € pro Jahr vergeben. Die Dauer der Förderung ist auf insgesamt drei Jahre begrenzt. Eine Kofinanzierung der Einzelprojekte aus Mitteln der Kommune oder Länder ist erwünscht, aber nicht Bedingung.

Die Anfragen nach der Beteiligung an dem Ausschreibungsverfahren durch die Stadt Dessau im Stadtrat am 20.09.2006, im Jugendhilfeausschuss und durch freie Träger zeigen deutlich, dass das Thema von großem Interesse ist. Die bereits bestehende Koordinierungsgruppe mit Vertreter/innen des Jugendamtes, der Polizei, des Dessauer Bündnisses gegen Rechtsextremismus, des Anhaltischen Theaters, des Projektes gegenPart, des Ausländerbeauftragten der Stadt Dessau und der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt hat am 30.11.2006 die Empfehlung ausgesprochen, sich an dem Bundesprogramm zu bewerben bzw. die Interessenbekundung an die Regiestelle zu senden.

Als Antragsteller muss die Stadt Dessau auftreten, kann aber als lokale Koordinierungsstelle einen externen Partner für die inhaltliche Koordination beauftragen. Dafür hat sich der Träger gegenPart – Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bereit erklärt, der bereits seit mehreren Jahren auf diesem Gebiet tätig ist und aufgrund dessen auch von der Koordinierungsgruppe empfohlen wurde.

Weiterhin ist es von großer Wichtigkeit, dass die politischen Verantwortungsträger der Stadt Dessau (Fraktionen im Stadtrat/Parteien) und alle anderen Akteure in der Zwischenzeit per Kooperationsvertrag an der Umsetzung des Förderprogramms aktiv beteiligt werden.

Für den Einreicher:

Dezernent

Anlage: Antragsformular